

**“SICHERHEITSPOLITISCHE PERSPEKTIVEN FÜR NORDOSTASIEN”
VORTRAG IM RAHMEN DES OST-WEST-KOLLEG STUDIENSEMINARS
“ENDE DES ASIATISCHEN WUNDERS? POLITISCHE PERSPEKTIVEN UND
WIRTSCHAFTLICHE INTERESSEN ASIATISCHER GROßMÄCHTE**

SEBASTIAN HARNISCH, M.A., FB III/POLITIKWISSENSCHAFT, UNIVERSITÄT TRIER
54286 TRIER, TEL: 0651-201-2129, FAX: 201-3821, E-MAIL: HARNISCH@UNI-TRIER.DE
FASSUNG: 18.06. 1999

Gliederung

1. EINLEITUNG
2. DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN GROßMÄCHTEN IN DER REGION
3. DIE AUSWIRKUNGEN DER ASIENKRISE AUF DIE SICHERHEITSPOLITISCHE LAGE IN NORDOSTASIEN
4. DIE (DAUER)KRISE AUF DER KOREANISCHEN HALBINSEL
5. AUSBLICK
6. LITERATUR

1. EINLEITUNG

Im Sommer 1999 ist die Sicherheitslage in Nordostasien durch vier partiell gegenläufige Trends gekennzeichnet. Zum einen haben sich die Beziehungen zwischen den traditionellen Großmächten der Region, trotz der Regierungskrise in der Russischen Föderation und den jüngsten Spannungen zwischen der Volksrepublik China und den USA, im Verlauf des Jahres 1999 positiv entwickelt. Zum anderen ist der langjährige Garant einer friedlichen Entwicklung der sicherheitspolitischen Beziehungen in Asien, die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung vieler asiatischer Staaten, weggefallen. In Rußland und Südkorea, mit Abschwächungen auch in China und Japan, sind die innen- und außenpolitischen Folgen der sog. Asienkrise deutlich erkennbar. Eine Transformation des politischen Systems mit gewalttätigen Ausschreitungen, wie sie derzeit die Entwicklung in Indonesien kennzeichnen, ist indes in Nordostasien ausgeblieben (Asia Pacific Security Outlook 1999: 79-90). Gleichzeitig bewirkt die Wirtschafts- und Finanzkrise jedoch tiefe Einschnitte in alle asiatischen Militärhaushalte, so daß die zu Beginn der 1990er Jahre sich anbahnenden Rüstungswettläufe in weiten Teilen der Region derzeit auf Eis gelegt werden. Drittens ist in Nord- ebenso wie in Südostasien derzeit ein Trend erkennbar, daß sich das Außenverhalten von wichtigen regionalen Akteuren aufgrund innenpolitischer Spannungen drastisch verändert.¹ Dies gilt nach den Nuklear- und Raketentests in Südasien neben Indien und Pakistan möglicherweise auch für die Taliban in Afghanistan. In Nordostasien hat der nordkoreanische Mittelstreckenraketentest vom 31. August 1998 einmal mehr verdeutlicht, daß das dynastische Kim-Regime außenpolitische Krisen bewußt inszeniert, um im Zuge von deren Beilegung weitere westliche Hilfe zu erpressen (Harnisch/Maull i.E.). Aus diesen drei Entwicklungen resultierte im Jahr 1999 eine bedenkliche Schwächung bzw. Untergrabung der noch jungen multilateralen Sicherheitsinstitutionen KEDO und ARF, die Mitte der 1990er Jahre in Politik und Wissenschaft noch als Hoffnungsträger für eine friedlichere Zukunft in der Region gehandelt wurden (Kim, S. H. 1998).

2. DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN GROßMÄCHTEN IN DER REGION

Im Zentrum der nordostasiatischen Sicherheitsordnung stehen auch in der Zeit nach dem Ost-West-Konflikt die bilateralen Allianzen zwischen den USA und Japan sowie den USA und Südkorea. Während sich die amerikanisch-südkoreanischen Beziehungen angesichts der Konsolidierung des südkoreanischen Demokratisierungsprozesses und der gemeinsamen Bewältigung der südkoreanischen Finanzkrise positiv entwickeln, hat sich das japanisch-amerikanische Verhältnis deutlich und nicht nur positiv verändert. Wegmarken dieser

¹ Vgl. z. B. Ramesh Thakur/Ralph Cossa, "Kashmir and Korea: Intracable Conflicts in a Nuclear Shadow", in: International Herald Tribune, 23.02. 1999.

"Ausdifferenzierung der amerikanisch-japanischen Allianz" sind die Verabschiedung der "Japan-U.S. Joint Declaration on Security for the 21st Century" (April 1996)², die zunehmenden Spannungen über die US-Truppenstationierung auf Okinawa, die mehr und mehr auch die Beziehungen zwischen dem japanischen Festland und der Insel Okinawa betreffen und die zögerliche Haltung der japanischen Regierung bei der Bewältigung der Finanz- bzw. Bankenkrise in Japan.

Ausschlaggebend für die Entwicklung der amerikanisch-japanischen Allianzbeziehungen seit Mitte der 1990er wurde jedoch das sino-amerikanische Verhältnis, das sich nach der Sanktionspolitik zu Beginn der 1990er Jahre als Folge des Tienanmen-Massakers erst durch die Kooperation beider Staaten in der nordkoreanischen Nuklearkrise (1994) zunächst verbesserte. Diese sino-amerikanischen Annäherung erfuhr 1995 (Reise des taiwanesischen Präsidenten Lee Teng-hui nach Cornell) und 1996 (volksrepublikanische Raketentests vor der taiwanesischen Küste) Rückschläge. Infolgedessen machte Präsident Clinton die Verbesserung der sino-amerikanischen Beziehungen in der zweiten Amtszeit zur Priorität seiner Asienpolitik (Christensen 1999). 1997 besuchte der chinesische Präsident Jiang Zemin die USA, und 1998 absolvierte US-Präsident Clinton Ende Juni/Anfang Juli einen äußerst erfolgreichen Chinabesuch, währenddessen er die Politik Jangs für ökonomische Liberalisierung und größere persönliche Freiheitsrechte als "moralisch richtig" pries. Diese "Normalisierung der sino-amerikanischen Beziehungen", die 1998 in Tokio noch als wachsende "Relativierung der japanisch-amerikanischen Beziehungen empfunden wurde (Aruga 1998: 26), schlug im Sommer 1999 unter dem Eindruck der festgefahrenen Verhandlungen über den chinesischen WTO-Beitritt, der US-amerikanischen Spionagevorwürfe gegenüber chinesisch-stämmigen Nuklearexperten und der versehentlichen Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad in unverhüllte Konfrontation um (vgl. u.a. Cossa 1999). Gleichwohl besteht die Hoffnung, daß sich beide Staaten - nach einer Phase der gegenseitigen Beschuldigungen - wieder auf die gemeinsamen Interessen an einer kooperativen Beziehung besinnen.³

Eine deutlich positivere Entwicklung als die sino-amerikanischen Beziehungen nahmen die russisch-japanischen Beziehungen seit 1996. Nach den russischen Präsidentschaftswahlen und den japanischen Unterhauswahlen im Oktober traf Außenminister Primakow zu einem Besuch in Tokio ein, wobei er eine gemeinsame Nutzung der umstrittenen Kurilen-Inseln

² Die Deklaration wiederholte im wesentlichen die bisherigen Ziele des amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrages: die zentrale Stellung des Bündnisses für die Erreichung gemeinsamer sicherheitspolitischer Ziele. Abweichend von der bisherigen Politiklinie sah die Deklaration allerdings auch die Einsetzung einer bilateralen Studiengruppe vor, die sich mit Fragen der militärischen Kooperation im Falle einer Krise im Umfeld Japans beschäftigen sollte. Das Ergebnis dieser Studiengruppe, die "Guidelines for Security Cooperation" vom September 1997, sah jedoch weiterhin nur eine moderate japanische Beteiligung an Krisenreaktionen vor, vgl. Asia Pacific Security Outlook 1998: 71-73.

³ Vgl. Michael Richardson, "Asian Officials Hopeful On U.S.-China Ties. But Analyst Warn of Mutual Suspicion", in: International Herald Tribune, May 28, 1999; Elisabeth Rosenthal/Erik Eckholm, "Asian Officials Hopeful On U.S.-China Ties. The Ties That Bind Are Many and Firm", in: International Herald Tribune, May 28, 1999.

vorschlug. Eine neue Ära der Kooperation wurde durch die Gespräche zwischen Premier Hashimoto und Präsident Jelzin auf dem G-7 Gipfel in Denver im Juli 1997 eingeläutet. Japans Premier Hashimoto erläuterte in einer Rede in Denver, daß die japanische Rußlandpolitik künftig auf drei Prinzipien ruhen sollte: Vertrauen, beiderseitige Interessen und langfristige Kooperation, wobei er deutlich machte, daß territorialen Auseinandersetzungen in Zukunft weniger Gewicht beigemessen werden sollte (Shimotomai 1998: 7). Der russische Präsident Jelzin konterte diese Offerte im November 1997 bei einem informellen Treffen der beiden Regierungschefs in Krasnojarsk. Ein Jahr später traf der neue japanische Premierminister Obuchi zu einem Staatsbesuch in Moskau ein - der erste dieser Art seit 25 Jahren. Es wurden zwei Arbeitsgruppen vereinbart, um territoriale Fragen und wirtschaftliche Kooperationsprojekte in der Kurilen-Region zu erörtern (Asia Pacific Security Outlook 1999: 155). Aufgrund der schweren wirtschaftlichen und politischen Krise in Rußland erscheinen die Chancen für eine weitere russisch-japanische Annäherung jedoch ungewiß. Ebenso wie in anderen Staaten der Region hängt das Außenverhalten beider Akteure mehr und mehr von ihren innen- und parteipolitischen Konstellationen ab.

3. DIE AUSWIRKUNGEN DER ASIENKRISE AUF DIE SICHERHEITSPOLITISCHE LAGE IN NORDOSTASIEN

Zwei Jahre nach dem Ausbruch der asiatischen Wirtschafts- und Finanzkrise zeichnen sich die Auswirkungen auf die regionale Sicherheit in Nordostasien deutlicher ab. Vier zum Teil gegenläufige Entwicklungen lassen sich festhalten:

1. **Innenpolitische Destabilisierung:** Die wirtschaftlichen Verwerfungen haben in vielen Staaten Asiens den bisherigen Entwicklungskonsens zwischen den politischen Eliten und der aufstrebenden Mittelklasse aufbrechen lassen. Einerseits können autokratische Führer, wie der malaysische Präsident Mahatir, die Einschränkung politischer Freiheiten nicht mehr wie bisher mit dem Versprechen auf wirtschaftlichen Wohlstand legitimieren (Lentner 1999: 29). Andererseits sind aber auch demokratisch gewählte Politiker, wie der südkoreanische Präsident Kim Dae-Jung, unter Druck geraten. Kurz- und mittelfristig scheint die Krise zwar einen weiteren Demokratisierungsschub in Asien ausgelöst zu haben, aber deren Bestand ist langfristig ebenso von der Problemlösungskapazität des politischen Systems abhängig wie der Bestand autoritärer Systeme.
2. **Destabilisierung zwischenstaatlicher Beziehungen:** Das Versagen nationaler Problemlösungen wird nur in wenigen Staaten zum Anlaß genommen, die regionale Zusammenarbeit zu stärken. Der Niedergang der ASEAN u. a. regionaler Zusammenschlüsse im Zuge der Krise ist ein beredtes Beispiel (Higgott 1998: 4). Zusätzlich werden einerseits zwischenstaatliche Spannungen durch das Finanzgebahren, vor allem durch die Währungspolitiken der Akteure erzeugt. Andererseits sind einige Entscheidungsträger versucht, die schlechte wirtschaftliche Lage Arbeitsmigranten oder

wirtschaftlich erfolgreichen Minderheiten zuzuschreiben. Mit der wachsenden wirtschaftlichen Verwundbarkeit der asiatischen Staaten untereinander wächst auch das Interesse der politischen Eliten, auf die Entscheidungen ihrer Nachbarstaaten Einfluß zu nehmen (Mahatirs Umgang mit Anwar; Kontroverse um Memoiren Lee Kwan Yews).

3. **Spannungen zwischen asiatischen Staaten und dem Westen (insbes. USA):** Nach Jahren der wirtschaftlichen Prosperität wird die Krise in vielen Teilen Asiens als ebenso fremdbestimmt wie selbstgemacht wahrgenommen. Die Austeritätspolitiken des IMF werden in Südkorea, Thailand, Indonesien etc. von vielen als "westlicher Dolchstoß gegen die aufstrebende Konkurrenz" interpretiert, so daß mit erheblichen Vorbehalten der Bevölkerung gegenüber ausländischen Investitionen - sei es wirtschaftlicher, politischer, militärischer oder kultureller Art - gerechnet werden muß (Dieter 1998: 35). Parallel dazu haben die Krisenstrategien der asiatischen Regierungen zu einem sprunghaften Wachstum der asiatischen Außenhandelsüberschüsse gegenüber den USA geführt, wodurch weitere handelspolitische Auseinandersetzungen - insbesondere zwischen Japan und den USA sowie der Volksrepublik China und den USA - praktisch unvermeidlich erscheinen.⁴ Verstärkt wird diese Grundtendenz durch die chinesische Reaktion auf das westliche Vorgehen im Kosovo, welche die VR China als Garanten des Völkerrechts und der Souveränität von Kleinstaaten gegen die Prädominanz, insbesondere der USA, darstellt.
4. **Reduzierung der asiatischen Militärhaushalte:** Im Gegensatz zu den bisher genannten Faktoren dürfte die Reduzierung der asiatischen Militärhaushalte (mit Ausnahme Taiwans) eher eine konfliktdämpfende Wirkung entfalten. 1997 schrumpften die asiatischen Militärhaushalte um durchschnittlich 5%. Für 1998 wird ein Rückgang von etwa 18% erwartet, wobei der Import teurer westlicher Rüstungstechnologie noch sehr viel deutlicher eingeschränkt worden ist.⁵ Daß wirtschaftliche und soziale Not jedoch nicht zwangsläufig zu einer Kürzung der Militärausgaben im Zuge von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen führen müssen, zeigen die Entwicklungen in Pakistan und Nordkorea.⁶

4. DIE (DAUER-)KRISE AUF DER KOREANISCHEN HALBINSEL

Die sicherheitspolitische Situation auf der koreanischen Halbinsel wird im Sommer 1999 durch mehrere widersprüchliche Entwicklungen gekennzeichnet. Zum einen haben sich beide koreanischen Staaten trotz der massiven (aber qualitativ unterschiedlichen) wirtschaftlichen,

⁴ Michael Richardson, "Japan's Trade Surplus Surges as Imports Slow", in: International Herald Tribune, 22.10. 1998.

⁵ Michael Richardson, "Asian Military Spending: A Casualty of Bad Times", in: Internationale Herald Tribune, 23.10. 1998. Differenzierter dazu Umbach 1998.

⁶ Im Rahmen dieser Überlegungen kann nur auf das nordkoreanische Beispiel näher eingegangen werden. Zum Zusammenspiel von innenpolitischer Krise und außenpolitischem Verhalten in Indien und Pakistan vgl. Becher et al. 1998.

sozialen und politischen Verwerfungen kurzfristig konsolidieren können, so daß gewaltsame innerstaatliche Auseinandersetzungen derzeit ausgeschlossen werden können.⁷ Zweitens hat sich das Netz bi- und multilateraler Verhandlungen zwischen dem kommunistischen Nordkorea und der Außenwelt seit dem Genfer Nuklearabkommen vom Oktober 1994 - trotz vieler Rückschläge - als tragfähig i. S. der Stabilisierung der gespannten Situation zwischen beiden koreanischen Staaten erwiesen. Drittens muß jedoch konstatiert werden, daß Nordkorea die seit 1994 stark gewachsene Zahl an Außenkontakten zunehmend dazu benutzt, internationale Hilfe und Anerkennung zu erpressen, um so ein Überleben der maroden Planwirtschaft und des stagnierenden politischen Systems zu ermöglichen.

Im Zentrum dieser "nordkoreanischen Überlebensstrategie" steht der 1994 begonnene KEDO-Prozeß. Dieser sieht mit dem Genfer Nuklearabkommen die sofortige Stilllegung und den langfristigen Abbau des bisherigen nordkoreanischen Nuklearwaffenprogramms im Austausch gegen die Lieferung von zwei waffenuntauglichen Leichtwasserreaktoren vor. Neben diesem ständigen multilateralen Prozeß haben sich in den letzten Jahren noch weitere bi- und multilaterale Verhandlungsebenen zwischen Nordkorea und den Anrainerstaaten bzw. den USA und den Vereinten Nationen herausgebildet. Zu ihnen gehören die Nahrungsmittelhilfe der Vereinten Nationen (WFP, FAO sowie zahlreicher nicht-gouvernementaler Organisationen), die Militärgespräche zwischen dem Norden und dem VN-Oberkommando in Korea, die sporadisch stattfindenden bilateralen Gespräche zwischen den USA und Nordkorea über das nordkoreanische Raketenprogramm, die Pekinger-Gespräche (April 1998, Juni 1999) zwischen beiden koreanischen Staaten und die sog. "Vierparteien-Gespräche" (DPRK, ROK, USA, PRC) über die Umwandlung des Waffenstillstandsabkommens von 1953 in einen Friedensvertrag.⁸

Allen Verhandlungssträngen gemein ist ein nordkoreanisches Verhaltensmuster, nach dem die Führung in Pjöngjang durch die Inszenierung außenpolitischer Krisen und der Verweigerung innenpolitischer Reformen humanitäre Hilfe, materielle Kompensation oder finanzielle Unterstützung erpreßt. Erstmals wurde diese Strategie gegenüber westlichen Staaten während der Nuklearkrise 1993/94 erfolgreich angewendet.

Nordkorea, das seit Ende der 1950er Jahre an einem nationalen Nuklearprogramm arbeitete, trat auf sowjetischen Druck 1985 dem NV-Vertrag bei. Es dauerte jedoch bis zum Frühjahr 1992, bis Pjöngjang ein Verifizierungsabkommen (Safeguards-Abkommen) mit der IAEO abschloß. Nach dem Scheitern des innerkoreanischen Denuklearisierungsabkommens, welches eine bilaterale Verifikationskommission vorgesehen hatte, stieß die IAEO bei Inspektionen der nordkoreanischen Nuklearanlagen 1992 und 1993 auf "Ungereimtheiten" im nordkoreanischen Nuklearinventar. Die nordkoreanische Führung quittierte die Unterstützung der IAEO durch amerikanische Aufklärungssatelliten und die Forderungen der IAEO nach

⁷ Mittel- und langfristig räumt der Autor dem nordkoreanischen System wenig Konsolidierungschancen ein, während die Prognose für den Süden grundsätzlich positiv bewertet wird, vgl. Harnisch 1998; Harnisch 1998a.

⁸ Zum Verhandlungsverlauf und den Ergebnissen dieser Gespräche bzw. Aktivitäten vgl. Harnisch/Maull i. E.

vollständiger Offenlegung ihres Nuklearprogramms am 12. März 1993 mit dem zeitweiligen Austritt aus dem NV-Vertrag. In drei Verhandlungsrunden versuchte der amerikanische Nuklearunterhändler Gallucci sowohl den nordkoreanischen Austritt als auch die Weiterverfolgung der Nuklearaktivitäten zu verhindern. Als der Norden im Mai 1994 durch die Entladung seines einzigen laufenden Reaktors in greifbare Nähe einer größeren Menge waffenfähigen Materials rückte, drängte die US-Regierung auf VN-Sanktionen, die von nordkoreanischer Seite vorab bereits als "Kriegserklärung" verurteilt worden waren. Erst die Verhandlungsmision des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Carter Mitte Juni brachte eine Entspannung der äußerst kritischen Situation. Nach mehrmonatigen Verhandlungen wurde die Krise mit dem Genfer Rahmenabkommen zwischen den USA und Nordkorea vom 21. Oktober 1994 beigelegt (Mazarr 1994; Reiss 1995; Sigal 1998).

Strukturelles Problem des Interessenausgleichs in der KEDO

Das Abkommen besteht aus einem komplizierten Geflecht gegenseitiger Leistungen, die in einer strikt festgelegten Zeitabfolge durchgeführt werden müssen. Im Kern verpflichtet sich der Norden, Mitglied des NV-Vertrages zu bleiben, seine bestehenden und geplanten graphit-moderierten Reaktoren stillzulegen bzw. abzubauen und auf eine Wiederaufbereitung spaltbaren Materials zu verzichten. Im Gegenzug erhält Nordkorea neben zwei proliferationsresistenten LW-Reaktoren - bis zu deren Fertigstellung werden zusätzlich jährlich 500.000 t Schweröl geliefert - von einem internationalen Konsortium, der "Korean Peninsula Energy Development Organization" (KEDO), auch militärische, politische und wirtschaftliche Kooperationszusagen von den USA (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Vorgesehener Zeitrahmen zur Implementierung des "Agreed Framework"

Zeitraum	Nordkoreanische Verpflichtungen	Verpflichtungen der USA und Verbündeter
Okt. 1994 - Jan. 1995	<p>Einfrierung der bestehenden Reaktoren</p> <p>Einfrierung der im Bau befindlichen 200MW u. 50 MW-Reaktoren</p> <p>Sichere Lagerung der 8.000 abgebrannten Brennstäbe</p>	
Jan. 1995 - März 1995	Fortlaufende Stilllegung des Nuklearprogramms/Kanntierung der abgebrannten Brennstäbe	<p>Bereitstellung von 50.000 t Schweröl</p> <p>Handels- u. Investitionsbschränkungen reduziert</p> <p>Etablierung des Nuklearkonsortiums "Korean Peninsula Engery Development Organization"</p>
April 1995	<p>Öffnung von Liason-Vertretungen</p> <p>Ad-hoc u. reguläre Inspektionen der IAEO auf "nichteingefrorenen Nuklearanlagen" (durch IAEO)</p>	Öffnung von Liason-Vertretungen
Juli 1995 - Jan. 1996		<p>Bauplatzerschließung für LW-Reaktoren (durch KEDO)</p> <p>Beginn des Baus d. ersten LW-Reaktors (durch KEDO)</p>
Oktober 1999	<p>Vollständige IAEO -Inspektionen, inkl. "Special inspections" an nicht-deklarierten Standorten</p> <p>Abschluß eines nuklearen Kooperationsabkommens</p>	<p>Abschluß eines nuklearen Kooperationsabkommens</p> <p>Bereitstellung von kritischen Nuklearkomponenten für ersten LW-Reaktor (durch USA)</p>
2005	<p>Beginn Auslagerung der 8.000 abgebrannten Brennstäbe</p> <p>Ende Auslagerung der Brennstäbe ⇔ Inbetriebnahme LW-Reaktor 1</p>	<p>Weiterführung des Baus von LW-Reaktoren I und II</p> <p>Ende Auslagerung der Brennstäbe ⇔ Inbetriebnahme LW-Reaktor 1</p>
2006	<p>Abbau aller sensitiven Nuklearanlagen: radiochemisches Labor ⇔ Inbetriebnahme LW-Reaktor 2</p> <p>Bezahlung für LW-Reaktoren u. nuklearen Brennstoff</p>	<p>Abbau aller sensitiven Nuklearanlagen: radiochemisches Labor ⇔ Inbetriebnahme LW-Reaktor 2</p> <p>Bereitstellung von nuklearen Brennstoffen für LW-Reaktoren</p>

Die KEDO, die als ihr Hauptziel die "vollständige Implementation des Genfer Rahmenabkommens" ansieht, unterliegt seit ihrer Gründung den widerstreitenden Interessen ihrer Mitglieder bzw. ihres Adressaten Nordkorea. Aus institutionentheoretischer Sicht ist das KEDO-Konsortium ein multilaterales Instrument, um das nordkoreanische Interesse nach internationaler Unterstützung (primär durch die USA) mit dem amerikanischen Interesse an der Beendigung des nordkoreanischen Nuklearwaffenprogramms (dies wird von den Verbündeten Japan und Südkorea sowie der VR China geteilt) und dem besonderen südkoreanischen Interesse an Einflußnahme auf Nordkorea (durch die südkoreanischen Diplomaten und Techniker im Dienste KEDOs) zu verbinden. Aus US-amerikanischer Perspektive ist besonders hervorzuheben, daß die KEDO es der Clinton-Administration ermöglichte, die neue US-Nordkoreapolitik primär durch andere KEDO-Mitgliedstaaten zu finanzieren, da Japan und Südkorea deutlich mehr als 3/4 der entstehenden Kosten für das LWR-Projekt aufbringen.

Die strukturellen Schwierigkeiten der KEDO liegen in der interessenvermittelnden Funktion der Organisation begründet (Harnisch 1998: 605-608). Gleich zu Beginn der Implementationsgespräche mit der KEDO versuchte Nordkorea zu verhindern, daß der feindliche Süden, welcher über 50% der Finanzierung übernommen hatte, durch die Lieferung des "Korean Nuclear Standard Power-Models" die technische Implementation des Genfer Abkommens übernehmen würde. Aus südkoreanischer (und amerikanischer) Sicht erschien es allerdings als ausgeschlossen, daß der Süden mehr als 3 Mrd. US-\$ zahlen würde, ohne daß südkoreanische Firmen maßgeblich beteiligt würden. Die Legitimität des südkoreanischen Beitrages stand damit erstmals in Frage.⁹

Erst nach längeren bi- und multilateralen Verhandlungen konnte am 15. Dezember 1995 das Lieferabkommen zwischen der KEDO und Nordkorea unterzeichnet werden. Das Abkommen verpflichtet die KEDO (erstmal rechtlich verbindlich) zur Lieferung von zwei 1.000 Megawatt-Reaktoren. Gleichzeitig legt das Abkommen fest, daß die USA bzw. US-Firmen Hauptansprechpartner für die nordkoreanische Seite bleiben werden, auch wenn die KEDO wenig später beschließt, daß das südkoreanische Energieunternehmen KEPCO als Generalunternehmen den Bau der Reaktoren durchführen wird.

Finanzierungsprobleme durch innenpolitische Konflikte

Während der gesamte KEDO-Prozeß 1996-1998 eher in ruhiges Fahrwasser eintrat,¹⁰ tat sich das Konsortium, insbesondere die Clinton-Administration, schwer, die termingerechte

⁹ Das südkoreanische Engagement wurde im bisherigen Verlauf des Projektes noch mehrmals in Zweifel gezogen, so z. B. als der Norden ein südkoreanisches Schiff mit Nahrungsmittelhilfe im Sommer 1995 festhielt. Im Herbst 1996 wurde die südkoreanische Mitwirkung in der KEDO sogar kurzfristig unterbrochen, als ein gestrandetes nordkoreanisches Spionage-U-Boot zu einer diplomatischen Krise zwischen beiden koreanischen Staaten führte.

¹⁰ Es wurden zahlreiche Zusatzprotokolle zwischen der KEDO und Nordkorea unterzeichnet, die IAEA erhielt (weiterhin beschränkten) Zugang zu den nordkoreanischen Nuklearanlagen; die Kanntierung der abgebrannten Brennstäbe aus dem betriebsfähigen Reaktor wurde im Dezember 1998 abgeschlossen.

Finanzierung der Schweröllieferungen gegen innenpolitische Widersacher durchzusetzen. Die Finanzierungsprobleme bei der Lieferung von Schweröl an Nordkorea wurden durch die Wirtschafts- und Finanzkrise in Asien abermals verstärkt, weil sich die beiden größten KEDO-Beitragszahler Südkorea und Japan zeitweise außer Stande sahen, ihren bereits vereinbarten Beitrag zu zahlen. Eine grundsätzliche Regelung des gesamten KEDO-Projektes konnte daher erst auf einem KEDO-Botschaftertreffen in Brüssel Ende Juli 1998 erzielt werden.¹¹

Die nordkoreanische Führung verlegte sich im Laufe des Jahres 1998 auf eine aggressivere Form ihrer bereits in der Vergangenheit angewendeten Erpressungstaktik. Nordkorea nutzte die Finanzierungsschwächen der KEDO, indem es im Frühsommer 1998 androhte, bei Nichterfüllung des Genfer Abkommens, seine Nuklearanlagen wieder in Betrieb zu nehmen. Bereits im Januar 1998 war durch den amerikanischen Militärgeheimdienst DIA bekannt geworden, daß das kommunistische Regime in Ha'gap, Provinz Chagang, eine neue, geheime Nuklearanlage baue. Auch wenn die Berichte westlicher Geheimdienste in bezug auf Nordkorea aufgrund der institutionellen Eigeninteressen mit Vorsicht zu genießen sind, muß dieser neue Nuklearstandort als potentieller Versuch angesehen werden, das Genfer Abkommen zu umgehen. Gleiches gilt für das im August 1998 gesichtete Großbauprojekt in Kumchang-ri, unweit des Nuklearstandorts Yongbyon.¹²

Neue nordkoreanische Erpressungsstrategie

Das Kernstück der neuen Erpressungsstrategie Nordkoreas ist jedoch das Raketenprogramm, welches nach der Stilllegung des Nuklearprogramms zwei wichtige Funktionen für das Regime erfüllt. Zum einen dient es durch den Export von Raketenteilen und Technologie als Quelle von Devisen. Zum anderen kann es hervorragend als Verhandlungsmasse gegenüber den USA, Japan und anderen von der Raketenproliferation betroffenen Staaten genutzt werden. Daß der nordkoreanische Raketentest am 31. August unmittelbar nach den pakistanischen Raketen- und Nukleartests stattfand, kann daher kaum verwundern. Bereitwillig erklärten nordkoreanische Regierungsvertreter gegenüber Mitgliedern einer US-Kongreßdelegation Mitte August 1998, daß der Norden bereit sei, den Export seiner Raketen gegen die Aufhebung des US-Wirtschaftsembargos und eine weitere jährliche Zahlung von US-\$ 500 Mio. einzustellen.

Sommer 1999: fragile Stabilität auf der koreanischen Halbinsel

Der nordkoreanische Raketentest Ende August 1998 stellte das gesamte KEDO-Projekt abermals in Frage. Die japanische Regierung verhängte bereits kurz nach dem Test ein Zahlungsmoratorium für ihren KEDO-Beitrag. Gleichzeitig geriet die KEDO erneut mit der

¹¹ Die Regelung sieht vor, daß die Restfinanzierung der bisher noch ausstehenden 8% der Gesamtfinanzierung zwischen den USA und der Europäischen Union aufgeteilt wird. Bisher ist nicht bekannt, wer welchen Anteil an dieser Restfinanzierung übernimmt.

¹² Vgl. "North Korea's 'New' Nuclear Site - Fact or Fiction?", Essay by C. Kenneth Quinones, October 5, 1998, in: NAPSNET Special Report No. 21/1998; Niksch 1998:3-6.

Lieferung von Schweröl für 1998 ins Hintertreffen, da der US-Kongreß die nötigen US-Beiträge verwehrte. Nachdem im August 1998 auch die New York Times über eine im Bau befindliche, geheime Nukleareinrichtung in Kumchangri berichtet hatte, reagierte der alarmierte US-Kongreß mit der Aussetzung des US-Beitrags für die KEDO im Haushaltsjahr 1999 (Kim 1999: 122-126). Gleichzeitig forderte die Legislative eine Überprüfung der bisherigen Nordkoreapolitik der Administration durch einen Sonderbeauftragten.¹³ Bereits Mitte August 1998 kündigte die Administration an, sie werde in bilateralen Gesprächen mit der nordkoreanischen Seite Inspektionen der IAEA in Kumchangri fordern.¹⁴ Im November berief US-Präsident Clinton den auch unter republikanischen Kongreßmitgliedern als integer geltenden ehemaligen US-Verteidigungsminister William Perry als Sonderbeauftragten für die US-Nordkoreapolitik.¹⁵

Nach bilateralen Verhandlungen mit nordkoreanischen Vertretern Ende August und Anfang Dezember 1998 sowie im Januar 1999 konnte die Clinton-Administration Mitte März 1999 in der Frage der Inspektionen am verdächtigen Standort in Kumchang-ri eine Einigung mit Nordkorea erzielen.¹⁶ Die Vereinbarung sieht vor, daß ein amerikanisches Inspektorenteam im Mai 1999 die verdächtige Baustelle in Kumchangri besuchen kann.¹⁷ Weitere regelmäßige Inspektionen sollen folgen. Im Gegenzug hatte die USA erklärt, daß sie ihre Nahrungsmittelhilfe um 500.000 t aufstocken und ein Programm zur Verbesserung der nordkoreanischen Kartoffelproduktion einrichten werde. Eine Verbindung der Nahrungsmittelhilfe mit der Inspektionsvereinbarung wurde von der Administration vehement bestritten.¹⁸

Mit der Inspektionsvereinbarung vom März 1999 sind die Chancen für eine erfolgreiche Fortführung des KEDO-Projektes wieder gestiegen. Gleichzeitig hat der Tausch (Zugang gegen Nahrungshilfe), der der Vereinbarung zugrundeliegt, einen weiteren "Erfolg" für die nordkoreanische Erpressungsstrategie gezeitigt. Die Staatengemeinschaft muß sich deshalb auch weiterhin auf derartiges nordkoreanisches Verhalten einstellen, wie das nordkoreanische Raketenprogramm deutlich macht (Harnisch 1999).

Damit hat der KEDO-Prozeß und damit auch eine Reihe der anderen bi- und multilateralen Gesprächsforen Ende Oktober 1998 erneut an Fahrt gewonnen. Ob diese Wiederbelebung des

¹³ Vgl. die Auszüge aus dem "House-Senate Conference Report for HR4328 (Omnibus Appropriations Bill)" in: NAPSNET Special Report, 29.10. 1998 <http://www.nautilus.org> [30.10. 1998].

¹⁴ Nach Auffassung der Administration verstoßen geheime Bauarbeiten an einer Nuklearanlage sowohl gegen den Art. IV, Abs.2 als auch gegen das geheime Zusatzprotokoll des Genfer Rahmenabkommens, vgl. Harnisch 1999a.

¹⁵ Der Untersuchungsbericht Perrys für den US-Kongreß, der zunächst für Ende März 1999 angekündigt war, lag zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Manuskripts noch nicht vor.

¹⁶ Vgl. David E. Sanger, "North Korea Concealing Nuclear Site, U.S. Says", in: International Herald Tribune, 18.08. 1998.

¹⁷ Dieser "Besuch" ist mittlerweile erfolgreich abgeschlossen worden. Er ergab keine Hinweise auf eine nukleare Nutzung des großflächigen Tunnelbaus.

¹⁸ Vgl. Brian Knowlton, "Pyongyang Assents to U.S. Inspections", in: IHT, 17.03. 1999, Don Kirk, "Korea Accord Appaluded", in: IHT, 18.03. 1999.

Gesprächsprozesses ausreichen wird, um die anstehenden Probleme bei der Implementierung des Genfer Nuklearabkommens zu lösen, erscheint derzeit jedoch ungewiß.

5. AUSBLICK UND THESEN

Die Zukunft der sicherheitspolitischen Lage in Nordostasien wird auf absehbare Zeit durch die vier aufgewiesenen Entwicklungen geprägt werden. Diese Entwicklungen sind keineswegs gleichgerichtet. So zeigten die Verbesserung der Großmachtbeziehungen, insbesondere aber auch die jüngsten Kontakte zwischen der Volksrepublik und Taiwan in eine gewaltärmere Zukunft in der Region. Gleichzeitig verlagerte sich das Konfliktpotential aber von der zwischenstaatlichen auf die innerstaatliche Ebene, so daß am Ende der 1990er Jahre die Prognosen vom Anfang des Jahrzehnts zumindest als irreführend angesehen werden müssen. Die kurz- und mittelfristige Zukunft der Sicherheitspolitik in Nordostasien liegt weniger in der Rivalität machtbewußter Nationalstaaten, noch in einer verstärkten zwischenstaatlichen Kooperation (Asian Community), sondern zunächst in einer innenpolitischen Stabilisierung der von der Wirtschaftskrise gezeichneten Staaten. Das Beziehungsgeflecht zwischen den USA und der Volksrepublik China erweist sich derzeit in Nordostasien als besonders prägend: 1998 relativierte deren Kooperation einerseits die japanisch-amerikanische Allianz und andererseits das traditionelle Bündnis zwischen der Volksrepublik und Nordkorea. Die 1999 einsetzenden Spannungen über chinesische Nuklearspionage, den Beitritt der VR zur Welthandelsorganisation (WTO) sowie das westliche Vorgehen im Kosovo deuten jedoch auf eine Reaktivierung alter außenpolitischer Kooperationsmuster der Volksrepublik, die gegen eine "weitergehende Hegemonie der USA" in Nordostasien und anderen Teilen der Welt gerichtet ist.

Diese Konstellation läßt für die Zukunft der koreanischen Halbinsel erwarten, daß Nordkorea seine politische und wirtschaftliche Schwäche weiterhin als "Stärke gegenüber dem Westen" präsentieren wird, indem es durch gezielte Provokationen materielle Hilfe und diplomatische Kontakte erpressen wird. Gleichzeitig ist mit einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Nordkorea und der Volksrepublik China (und der Russischen Föderation) zu rechnen. Das drängendste Sicherheitsproblem, die Unsicherheit über die Zukunft Nordkoreas und dessen Außenverhalten, wird, da diese Strategie derzeit erfolgreich zu sein scheint, noch einige Jahre virulent sein (Cha 1998). Dies betrifft nicht nur die Region selbst sondern auch die Europäische Union, weil Nordkorea als wichtiger Proliferateur von ballistischer Raketentechnologie in Süostasien und dem Nahen und Mittleren Osten auftritt.

Als Fazit aus den hier vorgebrachten Argumenten lassen sich folgende Thesen ableiten:

1. Analysen der sicherheitspolitischen Situation in Nordostasien müssen zunehmend die innenpolitische Dynamik der beteiligten Akteure erfassen, da zwischenstaatliche Konflikte derzeit nicht die regionale Konfliktstruktur beherrschen.

2. Die positive Entwicklung der Großmachtbeziehungen in der Region drängt andere Akteure, ihre bisherige Sicherheitsstrategie zu überdenken. Dies gilt für Indien und Pakistan in Südasien ebenso wie für Nordkorea in Nordostasien. Die Reaktionen dieser Akteure auf die Veränderungen in ihrem internationalen Umfeld werden primär durch innenpolitische Motive hervorgerufen, so daß drastische Veränderungen ihrer Sicherheitspolitiken möglich erscheinen.
3. Die neue Erpressungsstrategie der nordkoreanischen Führung ist derzeit erfolgreich i. S. der innenpolitischen Stabilisierung des Regimes. Ein Bruch mit der westlichen Strategie des Engagements gegenüber Nordkorea würde den Erfolg der Strategie gefährden und daher unvorhersehbare Konsequenzen für die gesamte Region nach sich ziehen.
4. Der Erfolg der westlichen "Soft-Landing-Strategie" für Nordkorea ist derzeit akut gefährdet, weil der Norden die internationale Hilfe zum Ausbau seines Nuklearprogramms als auch zur Produktion und Export von Interkontinentalraketen nutzen könnte. Die innenpolitische Legitimität und damit der weitere Erfolg der "Soft-Landing-Strategie" hängt deshalb von der verifizierten Unterbindung bzw. Einfrierung dieser beiden Entwicklungen ab.

6. LITERATUR

- Aruga, Tadashi** (1998): The U.S.-Japanese Alliance During and After the Cold War, Paper presented to the 3rd German-Japanese Symposium in International Relations, 21-23 September, Schloss Hohentuebingen
- Asia Pacific Security Outlook** (1999): Ed. by Charles Morrison, Tokyo: Japan Center for International Exchange
- Asia Pacific Security Outlook** (1998): Ed. by Charles Morrison, Tokyo: Japan Center for International Exchange
- Becher, Klaus et al.** (1998): Nach den Nukleartests in Südasien: Regionale und globale Auswirkungen (SWP- AP 3080), Ebenhausen: SWP
- Cha, Victor** (1998): Is there still a Rational North Korean Option for War?, in: Security Studies 29(1998) 4, S. 477-490
- Cossa, Ralph** (1999): Can Sino-American Relations Be Salvaged (PacNet Newsletter No. 20, May 21, 1999), erhältlich unter: pacforum@lava.net
- Christensen, Thomas J.** (1999): China, the U.S.-Japan Alliance, and the Security Dilemma in East Asia, in: International Security 23(1999) 4, S. 49-80
- Dieter, Heribert** (1998): Die Asienkrise und der IWF: Ist die Politik des Internationalen Währungsfonds gescheitert? (INEF Report 229/1998), Duisburg: Gerhard-Mercator- Universität
- Harnisch, Sebastian** (1999): Die Korean Peninsula Energy Development Organization (KEDO): Genese - Struktur - Perspektiven für 1999, in: Köllner, Patrick (Hg.) (1999): Korea 1999. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Hamburg: IFA (im Erscheinen)
- Harnisch, Sebastian** (1999a): Geheime nordkoreanische Nuklearstandorte und die Zukunft des Genfer Rahmenabkommens: rechtliche und politische Implikationen der Vereinbarung vom 16. März 1999, unveröff. Manuskript, Universität Trier, Mai 1999
- Harnisch, Sebastian** (1998): Soft Landing oder Hard Landing? Nordkorea in der Krise, in: Asien (Oktober 1998) 69, S. 5-29
- Harnisch, Sebastian** (1998a): Die Krisen auf der koreanischen Halbinsel. Wirtschaftliche und politische Auswirkungen (ZOPS-Occasional Paper No. 11), Trier: Zentrum für Ostasien-Pazifik-Studien, Universität Trier
- Harnisch, Sebastian /Hanns W. Maull** (i. E.): Die Kernwaffenkrise auf der koreanischen Halbinsel. Die Entstehung und Umsetzung des amerikanisch-nordkoreanischen Nuklearabkommens (DGAP-Arbeitspapier), Bonn: Europa-Union Verl.
- Higgott, Richard** (1998): Shared Response to the Market Shocks?, in: The World Today (January 1998), S. 4-6
- Kim, Hyung-Kook** (1999): U.S. Policy Toward North Korea: From Positive Engagement To Constructive Containment, in: Journal of East Asian Affairs, 13(1999) 1, S. 111-130
- Kim, Sung-Han** (1998): The Role of the ARF and the Korean Peninsula, in: The Journal of East Asian Affairs 12(1998) 2, S. 506-528
- Lentner, Howard L.** (1999): Implications of the Economic Crisis for East Asian Foreign Policies, in: Journal of East Asian Affairs, 13(1999) 1, S. 1-32
- Mazarr, Michael J.** (1995): North Korea and the Bomb. A Case Study in Nonproliferation, Houndsmill: MacMillan
- Niksich, Larry** (1998): U.S. Policy Toward North Korea: The Agreed Framework's Fading Prospects and a Look at Alternative Policies (Paper presented at the SWP-CPN Seminar October 13, 1998)
- Reiss, Mitchell** (1995): Bridled Ambition. Why Countries constrain their Nuclear Capabilities, Baltimore, MD: Johns Hopkins UP
- Shimotomai, Nobuo** (1998): Japan and Russia. Prospects for Relations with Russia, Paper presented to the 3rd German-Japanese Symposium in International Relations, 21-23 September, Schloss Hohentuebingen
- Sigal, Leon** (1998): Disarming Strangers. Nuclear Diplomacy with North Korea, Princeton: Princeton UP

Umbach, Frank (1998): Aufrüstung in Ostasien. Sicherheitspolitik im Zeitalter der Globalisierung, in: Internationale Politik 53(1998) 5, S. 31-38